

Beratung vor Ort Veranstaltungen Bildungsarbeit

Info- und Bildungsstelle

Ihre Anlaufstelle im Regierungsbezirk Köln ist die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum. Durch einen Ratsbeschluss gegründet, arbeitet diese Einrichtung seit Anfang 2008 mit dem Ziel, das

Bewusstsein für Menschenrechte, Demokratie, kulturelle Vielfalt und Gewaltfreiheit zu fördern sowie extrem rechten Denk- und Handlungsmustern vorzubeugen und ihnen entgegenzutreten.

Angebote der Info- und Bildungsstelle

Gemeinsam mit dem speziell für jeden Fall zusammengestellten Team werden Strategien entwickelt um ein Klima zu befördern, in dem demokratisches Bewusstsein gestärkt und extrem rechten Akteuren der Resonanzboden für ihre Aktivitäten entzogen wird.

- Infostände demokratischer Akteure
- die Konzeptionierung und Durchführung von Veranstaltungen
- bei der Vermittlung von Ansprechpartnern
- uvm.

Wir unterstützen beispielsweise:

- konkrete Interventionen vor Ort
- lokale Netzwerkarbeit
- mit Informationen zu Gegenaktivitäten zu Demonstrationen und anderen Veranstaltungen der extremen Rechten

Mit Hilfe individuell erarbeiteter Konzepte können regionale Lösungsmodelle für die jeweiligen Problemlagen vor Ort entwickelt werden.

Netzwerkarbeit Infostände

Weitere Informationen unter

NS-Dokumentationszentrum
der Stadt Köln
Info und Bildungsstelle gegen
Rechtsextremismus
Mobile Beratung
Michael Trube
Appellhofplatz 23 - 25
50667 Köln

.fon 02 21-2 21-2 63 32
.fax 02 21-2 21-2 55 12
.mail ibs@stadt-koeln.de
.net www.nsdok.de/ibs

Gefördert durch

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



demokratie
leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



NSDOK
NS-Dokumentationszentrum
der Stadt Köln

ibs
Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus



Akteure vor Ort vernetzen

Bündnisse schaffen



Beratungsnetzwerke

Vorkommnisse mit extrem rechtem oder antisemitischem und rassistischem Hintergrund gehören zum Alltag in vielen deutschen Kommunen, auch Städte und Gemeinden im Regierungsbezirk Köln sind davon immer wieder betroffen. Häufig reagieren die Menschen vor Ort hilflos auf solche krisenhaften Situationen. Um diese angemessen bewältigen zu können und für die Zukunft gewappnet zu sein, stellt das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus schnelle und unkomplizierte Hilfe zur Verfügung.

auf Landesebene angesiedelte Beratungsnetzwerk NRW in jedem Regierungsbezirk des Landes mit einer Regionalstelle zusammen. Gefördert wird das Beratungsnetzwerk aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend sowie der Landeszentrale für politische Bildung NRW. Für den Regierungsbezirk Köln ist die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus die Regionalstelle. Wenn es zu einem Vorfall mit extrem rechtem Hintergrund kommt, ist die Info- und Bildungsstelle Ansprechpartner. Ergänzt wird diese Beratung im Bedarfsfall durch ExpertInnen aus dem landesweiten Beratungsnetzwerk und lokalen Akteuren.

Mobile Beratung

Um dauerhaft im kommunalen Kontext extrem rechten Entwicklungen vorbeugen zu können, kann eine angemessene Beratung nicht vom Büro aus geschehen, sondern entwickelt sich mit den Menschen vor Ort. Sie richtet sich nach deren Bedürfnissen und orientiert sich an den lokalen Möglichkeiten und Bedingungen. Um diese Ansprüche optimal umsetzen zu können, arbeitet das

Zielgruppe

Angesprochen sind regionale Strukturen wie etwa Verwaltungen, Träger regionaler Jugendarbeit, Vereine, Organisationen und Initiativen die sich mit dem Thema befassen sowie Unternehmen und Einzelpersonen im Regierungsbezirk Köln.

Ziele der Beratung

Das Team der Mobilen Beratung und die betroffenen Personen vor Ort entscheiden nach einem ersten Gespräch gemeinsam, ob und mit welchem Ziel die Beratung aufgenommen wird. Bei der Festlegung des Beratungsauftrages und den zu absolvierenden Schritten müssen folgende Punkte berücksichtigt werden:

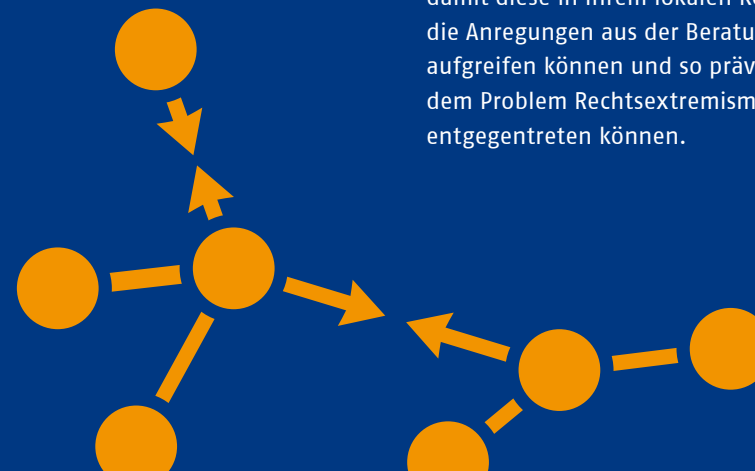
- Lage vor Ort – extreme Rechte
- Lage vor Ort – Zivilgesellschaft
- Potentielle Bündnispartner vor Ort
- Örtliche Besonderheiten
- Mögliche Probleme

Modellhaft kann der Ablauf einer Mobilen Beratung durch das Beratungs-

netzwerk wie folgt zusammengefasst werden:

- Erfassung der Ausgangssituation
- Zielformulierung
- Planung und Konzeption
- Durchführung
- Kontrolle und Auswertung

Die Beratung der Akteure vor Ort erfolgt zwar aufgrund einer akuten Krisensituation, jedoch ist die Beratung immer auch zukunftsorientiert. Eine kurzfristige Lösung des Problems würde nicht weit genug reichen. Daher zielt eine Beratung auch immer auf die Herstellung von Handlungskompetenz der beteiligten Akteure, damit diese in ihrem lokalen Kontext die Anregungen aus der Beratung aufgreifen können und so präventiv dem Problem Rechtsextremismus entgegentreten können.



Situation vor Ort

Die Probleme, mit denen man vor Ort konfrontiert sein könnte, sind genauso vielfältig wie die dafür nötigen Lösungsstrategien. Daher kann es für die Beratung keine Patentrezepte geben, sondern maßgeschneiderte Lösungen für jeden einzelnen Fall.

Mögliche Situationen in denen Hilfe geleistet wird, könnten sein:

- Eine Jugendclique versucht, den Jugendraum zur „national befreiten Zone“ zu erklären.
- Extrem rechte Akteure bemühen sich, in einer Kommune eine Immobilie zu erwerben.
- Friedhöfe und Gedenkstätten werden geschändet und mit extrem rechten Parolen beschmieret.

- Extrem rechte Gruppierungen melden in einer Kommune Demonstrationen an, verteilen immer wieder Flugblätter und sprechen gezielt Jugendliche an.
- Vor Schulen werden CDs mit extrem rechter Musik und/oder Schülerzeitungen mit extrem rechtem Hintergrund verteilt.
- In einer Kommune entstehen „Angstzonen“, es kommt immer wieder zu Gewalt gegenüber Menschen, die nicht in das Weltbild der extremen Rechten passen.

Situation analysieren

Individuelle Lösungen erarbeiten